



*Verband der bayerischen Lehr- und Beratungskräfte*

*im höheren Dienst – Ernährung, Ländlicher Raum, Agrarwirtschaft e.V.*

www.vela-bayern.de

info@vela-bayern.de

# Einladung zur Mitgliederversammlung

**am Mittwoch, den 23.05.2007**

**um 9.30 Uhr**

**im Gasthof Vogelsang in Weichering**

## Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Vortrag von Herrn Rolf Habermann,  
Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes  
"Bayern nach der Föderalismusreform – Chancen und Risiken"
3. Grußworte
4. Informationen zum neuen Bayerischen Beihilferecht (bdf-Sozialwerk)
4. Geschäfts- und Kassenbericht, Entlastung der Vorstandschaft
7. Wünsche und Anträge

## Bericht des 1. Vorsitzenden für die Zeit vom 4. Dezember 2006 bis 1. April 2007

Liebe Mitglieder,

eine positive Bilanz der Reform der Landwirtschafts- und Forstverwaltung hat Staatsminister Josef Miller im Ausschuss für Landwirtschaft und Forsten vor kurzem gezogen. Seine Aussage, dass man trotz Stellenabbau effizientere Beratungsstrukturen habe schaffen können, werden die Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaftsverwal-

tung sicherlich nur als politische Willensbekundung verstehen. Dass diese Einspareffekte für die Landwirte keine negative Folgen hatten (Aussage von MdL Helmut Brunner, 1. Vorsitzenden des Ausschusses Landwirtschaft und Forsten), lag in erster Linie an dem Engagement und der selbstgesteckten Verpflichtung der Mitarbeiter in unserer Verwaltung, ihre Aufgaben in Beratung, Unterrichtserteilung und Fördervollzug zum Wohle unseres Klientels bes-

tens zu erfüllen. Leider müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass der Personalabbau künftig noch weiter gehen wird. Deshalb fordern wir eine deutliche Reduzierung des Verwaltungsaufwandes im Fördervollzug (z.B. InVeKoS, Einzelbetriebliche Förderung, Vor-Ort-Kontrollen) und eine klare, abgegrenzte Festlegung der Aufgabenbereiche für die staatliche Beratung und künftige Verbundberatung.

### Stellensituation in der Landwirtschaftsverwaltung

Bei unserer Delegiertentagung diskutierten wir mit MR Nikolaus Rott aktuelle Themen in Personalangelegenheiten. Herr Rott berichtete, dass in der Zeit von 2007 bis 2019 noch weitere 315 Stellen in der Landwirtschaftsverwaltung abgebaut werden müssen. Dies bedeutet, dass in zwei Jahren rund eine Stelle pro Amt für Landwirtschaft und Forsten eingespart werden müsse. Es müsse deshalb eine neue Sollplanung für das Jahr 2010 (minus 100 Stellen) erstellt werden. In den nächsten vier Jahren können daher 35 Stellen in der Amtsverwaltung und 65 Stellen in den Abteilungen L1, L2 und L3 nicht mehr besetzt werden. Die Forderung unseres Verbandes, dass Personalabbau auch einen Aufgabenabbau zur Folge haben muss, unterstützt Herr Rott voll und ganz. „Wir müssen uns darum kümmern, dass andere unsere Aufgaben übernehmen“, meinte auch Ltd. MR Alfons Luger. Der Verband fordert auch, dass der künftige Stellenabbau proportional über die einzelnen Laufbahngruppen erfolgen muss. Die Einstellung und Übernahme von Anwärtern und Referendaren in einem Korridor von 15 bis 20 Bewerbern müsse auch künftig alle zwei Jahre möglich sein. Verstärkt wird die Problematik des Stellenabbaus auch durch die große Inanspruchnahme der Altersteilzeit. Mehr als 500 Beamte (= 14 %) haben derzeit nach Aussage von Herrn Rott Altersteilzeit beantragt.

Gehen Kolleginnen und Kollegen in Altersteilzeit, so kann die vorhandene Funktionsstelle erst nach dem Ausscheiden mit 65 Jahren und weiteren 12 Monate Wartezeit im Stellenpool wieder besetzt werden. Bei der Inanspruchnahme der Altersteilzeit ab 55 Jahren (Reformbereich) fällt die Stelle sofort weg. Für die jungen Kolleginnen und Kollegen, welche z. B. die Funktion eines Abteilungsleiters übernehmen, ergeben sich daraus sehr lange Wartezeiten in die Beförderung des entsprechenden Funktionsamtes.

Zum Personalentwicklungskonzept führte Herr Rott aus, dass künftig die Führungsseminare verwaltungsübergreifend für Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Ländliche Entwicklung angeboten und durchgeführt werden. Dem Anliegen des Verbandes, alle Stellen auszuschreiben, soll künftig teilweise entsprochen werden. So werden alle Funktionsstellen ausgeschrieben und einmal im Jahr alle sonstigen zu besetzende Stellen.

Teil des Personalentwicklungskonzeptes soll künftig auch sein, dass Führungskräfte für ein halbes Jahr zielgerichtet an das Staatsministerium oder die Führungsakademie abgeordnet werden.

Zu teilweise deutlichen Irritationen hat eine durch die FÜ-AK vorgenommene Befragung der beurlaubten Kolleginnen geführt. Herr Rott betonte, dass diese unverbindliche Umfrage bessere Informationen für die Personalplanungen liefern solle. Der Rechtsanspruch auf Rückkehr von beurlaubten Kolleginnen und der Wunsch nach Aufstockung ihrer Teilzeitbeschäftigung bringt erhebliche Probleme bei der Umsetzung zur Folge haben, da derzeit in der Abteilung 3 bereits eine leichte Überbesetzung vorhanden ist und auch weitere Stelleneinsparungen künftig notwendig werden. Ein Wechsel zumindest von einigen Kolleginnen in das Sachgebiet 3.1- Strukturentwicklung erscheint deshalb unumgänglich.

### Staatliche Beratung und Verbundberatung

Über den derzeitigen Stand zur Konzeption der Verbundberatung berichtete Ltd. MR Alfons Luger. Seine Überlegungen lassen sich in fünf Grundaussagen zusammenfassen:

1. Es bleibt bei einer staatlichen Beratung in Bayern (festgeschrieben im BayAWiG).
2. Die Organisation der staatlichen Beratung bleibt erhalten, jedoch ist dies nicht statisch zu sehen (bedingt durch künftige Personaleinsparungen).
3. Die Arbeitsschwerpunkte der staatlichen Beratung werden sich verschieben.  
Die Verbundpartner werden einen Teil der bisherigen staatlichen Beratung im Bereich Produktionstechnik übernehmen. Beim Staat bleibt die Leitfunktion (so festgeschrieben!).
4. Es ist politischer Auftrag, die Beratungskapazität insgesamt zu erhöhen!
5. Der Staat trägt Verantwortung für das Gelingen des Beratungsverbundes, das heißt künftig muss eine ideelle Unterstützung und finanzielle Förderung nicht-staatlicher Beratungseinrichtungen stattfinden.

Herr Luger betonte, dass auch zukünftig folgende Aufgaben durch die staatliche Beratung zu erledigen sind:

1. Strategische Unternehmensberatung
  - Wachstum, Nebenerwerb, Betriebsaufgabe
  - betriebliche Optimierung
  - Einkommensalternativen;
2. Beratung zur Umsetzung gesetzlicher Vorschriften, insbesondere Cross Compliance (gute fachliche Praxis);
3. Beratung zum einheitlichen Vollzug von EU-, Bundes-

und Landesförderprogrammen als verwaltungsakzessorische Tätigkeit (Einzelbetriebliche Investitionsförderung, KULAP usw.);

4. Beratung in sensiblen Bereichen (gemeinwohlorientiert) z.B. Gewässerschutz, Bodenschutz, Tierschutz, Verbraucherschutz etc.;

Zur konkreten Vorgehensweise berichtete der für die Beratung zuständige Referent, dass ab kommendem Jahr die produktionstechnische Beratung im Verbund mit anerkannten nichtstaatlichen Beratungsunternehmen verstärkt stattfinden wird. Ab 2009 soll begonnen werden, die Verbundberatung auf verfahrensökonomische Beratung (z. B. Betriebszweigauswertung) auszudehnen. Dieser Schritt solle noch mehr „ökonomisches Denken in produktionstechnische Beratung bringen“, betonte Herr Luger. Derzeit wird intensiv über die Entwicklung eines Anerkennungsverfahrens von Verbundpartnern gearbeitet. Die staatliche Anerkennung ist Voraussetzung für eine Förderung von Beratungsleistungen. U. a. muss der Verbundpartner eine ausreichende Qualifikation der Mitarbeiter für die entsprechenden Fachbereiche nachweisen. Ebenso muss er gewährleisten, dass eine Gesamtbetriebsberatung ggf. durch Kooperationsverträge sichergestellt ist.

Der Staat wird nur Beratungsleistungen fördern, wenn diese im Verbund mit der staatlichen Beratung erbracht werden. Die Förderung beträgt bis zu 50 % der anerkannten Beratungskosten. Die Beratungsunternehmen schließen mit den Landwirten jährliche Beraterverträge auf der Basis festgeschriebener sogenannter Beratungsmodule ab. In die Förderabwicklung sollen die Ämter für Landwirtschaft und Forsten nicht eingebunden werden. Diese soll über die LfL Abteilung Förderwesen und Fachrecht laufen. Es sei angedacht, für die staatliche Beratung und nichtstaatlichen Partner ein gemeinsames Controlling-Konzept zu entwickeln. Der Grundgedanke, dass der Staat die Leitfunktion und damit das Controlling über die Verbundberatung für sich behält, fand bei allen Teilnehmern Zustimmung. Ebenso die Aussage von Herrn Luger, dass die Ämter für Landwirtschaft und Forsten mit Sitz des jeweiligen Beratungsteams für die Beratung vor Ort zuständig seien. Berater von potentiellen Verbundpartnern z. B. LKP und LKV müssen örtlich und fachlich sehr nah an die staatlichen Beratungsteams angebunden werden. Gerade deshalb ist es nötig zu klären, welche Arbeiten die staatlichen Berater übernehmen bzw. welche Aufgaben die Verbundpartner zu erledigen haben. Damit diese sicherlich nicht leichte Konstellation erfolgreich gelingen kann, ist es meines Erachtens nötig, dass vorhandene Berührungspunkte auf beiden Seiten aktiv abgebaut werden. Zwischen staatlichen Beratern und Verbundpartnern muss ein Geben und Nehmen stattfinden. Auch müssen in der vorgesehenen Konstellation sicherlich noch mehr Führungsaufgaben von uns wahrgenommen werden.

### **Fortentwicklung der Landwirtschaftsschule und Meisterprüfung**

MR Johann Stockinger informierte die Teilnehmer der Delegiertentagung über seine Überlegungen zur Fortentwicklung der Landwirtschaftsschule 2000 und Änderungen in der Meisterausbildung. Die zu erwartende frühere Zulassung zur Meisterprüfung (künftig bereits nach 24 Monaten Praxis) machen seiner Meinung nach eine Änderung erforderlich. Im Wesentlichen sei daran gedacht, die Arbeitsunterweisung in der Landwirtschaftsschule abzuschließen, die Wirtschaftlerarbeit zur schriftlichen Meisterarbeit und die Sommersemesterarbeit zum Arbeitsprojekt aufzuwerten und bereits in der Landwirtschaftsschule zu beginnen. Sein ursprünglicher Gedanke war, die Landwirtschaftsschule zur Meisterschule aufzuwerten mit dem Ziel, den Absolventen mit dem Zeugnis zum staatlich geprüften Wirtschaftler ggf. den Meisterbrief zu überreichen. In der engagiert geführten Diskussion plädierte eine deutliche Mehrheit unter den Teilnehmern dafür, Form und Inhalt der Landwirtschaftsschule 2000 weiter zu entwickeln, um den geänderten Ansprüchen der jungen Menschen und künftigen Betriebsleiter nach einer kompakten Fortbildung mit Meisterabschluss gerecht zu werden. Allerdings wurde auch zum Ausdruck gebracht, dass die vorgesehenen inhaltlichen und organisatorischen Änderungen äußerst schwer in dem bisherigen zeitlichen Rahmen von 17 Monaten Schule realisiert werden können. Ein Vorschlag ist deshalb eine viersemestrige Landwirtschaftsschule ohne Praxisjahr mit Abschluss als staatlich geprüfter Wirtschaftler und ggf. Meister. Die Teilnehmer im Geschäftsausschusseminar äußerten auch den Wunsch die Fortentwicklung aller landwirtschaftlichen Fachschulen (Landwirtschaftsschule, Techniker und Höhere Landbauschule) in der nötigen Ruhe zu diskutieren. Dies müsse auch unter dem Gesichtspunkt des Verbleibens der Landwirtschaftsschulen in der Fläche geschehen. Der Beraterverband ist gerne bereit, die Kompetenz und das Wissen seiner Mitglieder in diese Diskussion einzubringen.

### **Lehrbuch „Tierische Erzeugung“**

Zwischenzeitlich wurde die 12. Auflage des von unserem Verband herausgegebenen Lehrbuches „Tierische Erzeugung“ ausgeliefert. Ich möchte mich ganz herzlich bei allen Beteiligten bedanken, die mitgeholfen haben, ein umfassendes Lehrbuch aktuell zu gestalten. Vor allem gilt mein Dank unserem Kollegen, Dr. Walter Schwab, der in einer für ihn persönlich schwierigen Situation dennoch die nicht leichte Aufgabe der Schriftleitung erfolgreich inne hatte.

### **Dienstrechtsreform in Bayern**

Im Rahmen der Föderalismusreform ist künftig jedes Bundesland für das Dienstrecht seiner Beamten zuständig (siehe auch BBB-Nachrichten März 2007). Zur Ausarbeitung wesentlicher Eckpunkte wird die Staatsregierung eine Reihe von Fachhearings dazu durchführen. Nach Aus-

sage von MDirig Hüllmantel vom Finanzministerium müssen die Einzelverbände ihre speziellen Angelegenheiten in diese Fachhearings einbringen. Um die Interessen unserer Mitglieder (im höheren Dienst) noch besser vertreten zu können, haben wir mit dem Verband der höheren Beamten Bayerns (VhBB) Kontakt aufgenommen. Der 1. Vorsitzende, Herr Dr. Eugen Ehmann und der Vorsitzende des Fachbereiches Forst, Herr Kasian stellten deshalb auf der Delegiertentagung ihren Verband und deren Aktivitäten vor. Die Beibehaltung des höheren Dienstes als Laufbahngruppe wird unser beider Bestreben sein müssen. Alle Kolleginnen und Kollegen des Geschäftsausschusses waren der Meinung, dass wir den Ausbau formaler Beziehungen auch auf Bezirksebene mit dem VhBB vorantreiben sollen.

### **Mitgliederversammlung 2007**

Ich möchte Sie ganz herzlich zu unserer Mitgliederversammlung am Mittwoch, dem 23. Mai 2007, um 9.30 Uhr im Gasthaus Vogelsang in Weichering einladen. Das Hauptreferat hält Rolf Habermann, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes. Außerdem werden wir Sie über Änderung im Beihilferecht informieren. Ich denke, dass die Anwesenden aktuelle Informationen aus erster Hand erfahren werden und freue mich über eine zahlreiche Teilnahme.

Einen Antrag auf Dienstbefreiung für die Teilnahme habe ich dazu im Staatsministerium gestellt.

Unsere Kolleginnen und Kollegen in der Landwirtschafts- und Gesundheitsverwaltung haben in den vergangenen Jahren im Schulalltag, Fördervollzug und Beratung außerordentlich gute Arbeit geleistet. Dass die staatliche Verwaltung trotz der zunehmenden Verkomplizierung (noch) so gut funktioniert, ist in erster Linie durch das große Engagement des Einzelnen begründet. Es ist deshalb legitim und angemessen, dass die Bayerische Staatsregierung diese Leistung ihrer Beamten auch entsprechend würdigt. Über ein Lob freut sich jeder Mitarbeiter. Darüber hinaus freut er sich aber auch, wenn seine Leistungen in einer Gehaltserhöhung bzw. Beförderung finanziell honoriert werden. Es ist deshalb dringend notwendig, dass die vom Beamtenbund vorgetragenen Forderungen nach finanzieller Besserstellung von der Staatsregierung entsprechend berücksichtigt werden.

Ihr

Josef Konrad  
1. Vorsitzender

## **Arbeitssituation der Abteilung L 3 an den ÄLF**

Am 13.12.2006 fand im Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten ein Gespräch der Vertreterinnen der Verbände des VLDT und VELA, Frau Reinert-Heinz und Frau Reitzlein im HPR und dem Vorsitzenden des HPR Herrn Scholler mit dem Amtschef Herrn MD Huber statt.

Ziel des Gespräches war zum einen die Darstellung der derzeitigen Arbeitssituation der Abteilung L3 der Ämter und dabei vor allem des SG 3.2. Zum anderen aber auch die zukünftige Stellung des Fachbereiches Hauswirtschaft in unserer Verwaltung. Folgende Punkte wurden im Verlauf des Gespräches thematisiert:

### **Berufsaus- und -fortbildung Hauswirtschaft**

Durch die Übertragung der Zuständigkeit für die Berufsaus- und -fortbildung im Berufsfeld Hauswirtschaft hat die Landwirtschaftsverwaltung eine Reihe von Aufgaben erhalten, die durch 15 AK Ausbildungsberaterinnen und das SG 3.2 erledigt werden.

Die Neuordnung der Meisterausbildung im Beruf Hauswirtschaft stellt die Kollegen und Kolleginnen ebenfalls vor eine völlig neue Situation und ein erheblich verändertes Aufgabenfeld. Diese Neuerungen verschärfen die arbeitswirtschaftliche Situation der Kollegen und Kollegin-

nen der Hauswirtschaft. Einsparpotentiale durch Rationalisierung oder Abgabe der Aufgaben sind hier aus unserer Sicht nicht mehr möglich.

### **Landwirtschaftsschule, Abteilung Hauswirtschaft**

Die Zahl der Landwirtschaftsschulen, Abt. Hauswirtschaft, ist mit derzeit 45 Standorten auf konstant hohem Niveau. Die Schulen sind unverändert gut nachgefragt. Eine Reduzierung der Schulstandorte Hauswirtschaft ist weder politisch erwünscht noch gesellschaftspolitisch zu verantworten. Die Einführung des neuen Lehrplanes stellt die Kolleginnen und Kollegen auch hier vor neue Aufgaben.

Herr MD Huber äußerte zu diesem Punkt, dass eine Reduzierung derzeit nicht angedacht ist, aber bei fehlender Nachfrage sicher auch hier Reduzierungen erforderlich werden.

### **Beratung**

Die Beratungsaufgaben im Bereich der SG 3.2 und 3.3 haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Von der klassischen hauswirtschaftlichen Beratung weg hin zur Unternehmensberatung im Bereich der landwirtschaftlich hauswirtschaftlichen Erwerbskombination.

Der Aufbau der Beraternetzwerke trägt dazu bei, das vorhandene Personal optimiert einzusetzen.

Bei einem weiteren Personalabbau, bedingt durch bereits angekündigte weitere Stellenkürzungen, ist eine Beratung im bisherigen Umfang nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Eine weiterer Personalabbau wäre aus unserer Sicht daher nur mit einem gleichzeitigen Aufgabenabbau bzw. -abgabe zu vereinbaren.

Herr MD Huber äußerte zu diesem Punkt, dass auch im Bereich der Beratungsaufgaben in der L3 die Verbundberatung ein Thema ist. Dies wurde von unserer Seite unterstützt. Allerdings mit dem Hinweis, dass die Abteilung L3 Verbundberatung und die Entwicklung gemeinsamer Konzepte bereits seit längerem praktiziert wird.

Sollten Qualifizierungsbereiche (Thema Agrarbürofachfrauen) abgegeben werden, so unser Wunsch an Herrn MD Huber, ist darauf Wert zu legen, dass auch die gesamte Abwicklung dann abzugeben ist. Dies wurde von Herrn Huber bekräftigt.

### **Personalentscheidungen**

Eine breiten Raum im Gespräch nahm das Thema Personalfragen ein.

Das Thema Einstellungskorridor für Referendarinnen und Anwärterinnen war ebenso ein Thema wie Versetzungen von Kolleginnen oder Rückkehrerinnen aus dem Erzie-

hungsurlaub.

Besonders die Berücksichtigung der familiären Situation der Kolleginnen sollte hier Berücksichtigung finden.

Herr MD Huber äußerte Verständnis für diese Wünsche und unterstützt diese Forderungen auch bei der derzeit schwierigen Stellensituation.

Eine Konsequenz dieses Gesprächs ist die Versendung eines Fragebogens der FÜAK an alle beurlaubten und teilzeitarbeitenden Kolleginnen und Kollegen. Das Personalreferat des Ministeriums und der FÜAK möchten somit einen Überblick über die Personalsituation gewinnen um zielgerichteter die Wünsche der Kolleginnen und Kollegen einplanen zu können. Die Beantwortung des unverbindlichen Fragebogens macht Sinn um die eigenen Berufswünsche klar äußern zu können.

Wir danken Herrn MD Huber an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich, dass er sich für die Anliegen der Kolleginnen und Kollegen der Abteilung L3 persönlich Zeit genommen hat. Auch seiner Bitte, ihn über aktuelle Themen der Abteilung L3 zu informieren, kommen wir gerne nach. Es signalisierte auch seine Bereitschaft für weitere Gespräche, dafür ein herzliches Dankeschön vorab.

Eva Reitzlein

---

## **Aus dem Bereich des Bayerischen Beamtenbundes**

### **Alimentation kinderreicher Beamter**

Zum aktuellen Sachstand finden Betroffene einen ausführlichen Bericht in den BBB-Nachrichten (Nr. 3-2007, S.42 ff). Noch immer stehen einzelne höchstrichterliche Urteile aus.

Bemerkenswert ist, wie das Bundesverwaltungsgericht ein Schreiben des bayerischen Finanzministeriums einstuft, in dem es hieß „Insoweit müssen weder Anträge noch Widersprüche eingelegt werden“ (worauf Betroffene tatsächlich fälschlicherweise auf Antragstellung verzichtet hatten). Danach handelt es sich bei diesem Schreiben nicht um eine „Erklärung, die gegenüber den Beschäftigten zum Zwecke der Kenntnisnahme abgegeben wurde“, sondern um ein Schreiben mit „lediglich verwaltungsinternem Charakter“. Also: keine Falschinformation durch den Dienstherrn! Die Verfassungsbeschwerde gegen dieses Urteil läuft noch.

Aufgrund der aktuellen Entwicklungen soll nun die Infomappe von dbb beamtenbund und tarifunion aktualisiert werden.

Gleichzeitig hat der BBB das Bayer. Finanzministerium dringlich um ein Gespräch gebeten.

### **Broschüre zum Bayerischen Beihilferecht**

Inzwischen sollten alle VELA-Mitglieder das neue Heft aus der Schriftenreihe des BBB „Das bayerische Beihilferecht“ über die Ansprechpartner an den Ämtern erhalten haben. Wenn nicht, bitte in der Geschäftsstelle nachfragen.

### **Dienstrechtsreform in Bayern**

Mit der kommenden Dienstrechtsreform steht die umfassendste Reform des Besoldungs-Versorgungs- und Laufbahnrechts seit rund 50 Jahren bevor. Der BBB-Hauptausschuss hat dazu in seiner Sitzung am 5. Februar 2007 in München seine Grundsatzpositionen festgelegt. Dazu zählen u.a. eine grundlegende Bedarfs- und Aufgabenanalyse, Einführung von Leistungselementen nur „on top“, Erhalt des Laufbahngruppenprinzips, flexible (Lebens-) Arbeitszeitgestaltung und eine verlässliche Versorgung. (Originaltext s. BBB-Nachrichten Nr. 3-2007, 35 ff).

Die Eckpunkte der Reform sollen, darin sind sich Staatsregierung und BBB einig, noch vor den nächsten Landtagswahlen aufgestellt und öffentlich bekannt gemacht

werden. Beschäftigte und deren Interessenvertretungen sollen diesmal mit einbezogen werden. Vorbereitend finden dazu bis zum Sommer vier Fachhearings zu den Themenbereichen Leistungsentgelt, Leistungsfeststellung,

Versorgung und Laufbahnflexibilisierung statt. Auch VELA wird einbezogen sein.

Angelika Reiter-Nüssle

## Beitragseinzug

Die Vorstandschaft ist bemüht mit den Mitgliedsbeiträgen sparsam umzugehen. So ist es uns auch gelungen, seit 1993 den Mitgliedsbeitrag stabil zu halten. Bei unseren niedrigen Mitgliedsbeiträgen von 35,- € für aktive Mitglieder und 25,- € für beurlaubte oder pensionierte Mitglieder sind wir natürlich darauf angewiesen, dass uns die Mitgliedsbeiträge auch vollständig zur Verfügung stehen.

Leider zeigt es sich jedes Jahr, wenn wir Anfang April den Mitgliedsbeitrag einziehen, dass mehrere Mitgliedsbeiträge nicht eingezogen werden können, da die Bankverbindung nicht stimmt. Jede nicht erfolgreiche Buchung im Jahr 2007 kostet uns **bis zu 6,- € Stornogebühren**.

Der Beitragseinzug schlägt in der Regel nicht deswegen fehl, weil Sie selbst die Bank gewechselt haben, sondern weil Ihre Bank fusioniert hat und sich deswegen die Bankleitzahl und/oder die Kontonummer verändert hat.

Ich möchte daher alle Mitglieder dringend bitten, künftig alle Kontoänderungen rechtzeitig an die Geschäftsstelle zu melden, sei es weil sie selbst die Bank gewechselt haben, oder weil sich die Bankleitzahl oder Kontonummer wegen Fusion Ihrer Bank geändert hat. Sie sparen uns dadurch sehr viel Geld.

Ludwig Zahnweh

## Personalnachrichten

Die nachfolgend aufgeführten Ernennungen, Versetzungen, Abordnungen und Pensionierungen beziehen sich auf den Zeitraum 1.12.2006 bis 31.03.2007.

### Ernennungen

#### Zur Hauswirtschaftsdirektorin

Greßmann Else, ALF Ingolstadt

#### Zum Landwirtschaftsdirektor

Bogner Michael, ALF Pfaffenhofen  
Sauerer Johann, ALF Abensberg

#### Zum Landwirtschaftsoberrat

Weidner Hubert, an StMLF abgeordnet

#### Zum Behördenleiter ernannt wurde

Winter Guido, ALF Kulmbach

### Versetzungen

Alzinger Manfred, LfL ILB München  
Dick Josef, LfL IEM München

Dziekian Irene, ALF Ansbach

Lingen Uwe, StMLF

Winter Guido, ALF Kulmbach

### Pensionierungen

Bachinger Christine, ALF Erding

Heinze Andreas, ALF Krumbach

Hien Hildegard, ALF Pfarrkirchen

Dr. Munzert Manfred, LfL AQU Freising

### Altersteilzeit – Beginn der Freistellungsphase

Zacher Alfons, ALF Schweinfurt

Dr. Zimmermann Gerhard, LfL IPZ Freising

## Der Verband gratuliert seinen Jubilaren

zu folgenden zwischen dem 1.12.2006 und 31.03.2007 vollendeten Lebensjahren

### zum vollendeten 95. Lebensjahr

Müller Elisabeth, Törwang Samerberg  
Schmitter Wilhelm, München

### zum vollendeten 94. Lebensjahr

Dr. Waag Wolfgang, Neuburg

### zum vollendeten 91. Lebensjahr

Waltert Ruth, Coburg  
Prof. Dr. Diercks Rolf, München

### zum vollendeten 90. Lebensjahr

Petri Christine, München

### zum vollendeten 89. Lebensjahr

Dr. Ulonska Ernst, Unterwössen

### zum vollendeten 87. Lebensjahr

Bauer Nikolaus, Lappersdorf  
Dr. Dancau Barbu, Tutzing  
Dr. Freymüller Hubert, München

### zum vollendeten 86. Lebensjahr

Herrmann Philipp, Freising  
Neulinger Josef, Augsburg  
Dr. Schmidt Ludwig, München

### zum vollendeten 85. Lebensjahr

Forster Josef, Speichersdorf  
Kargl Günter, Landshut  
Kellner Ludwig, Landshut  
Neumeister Anna-Maria, Bopfingen  
Pfeiffer Karl, Uttenreuth  
Simons Horst, Penzberg  
Von Notthafft Marie-Theresia, München

### zum vollendeten 84. Lebensjahr

Klose Norbert, Gunzenhausen  
Moser Herbert, Winzer

### zum vollendeten 83. Lebensjahr

Hofmann Lieselore, Nördlingen  
Scherzl Maria, Erding  
Schwaiger Josef, Neuötting  
Wiendl Fritz, Regensburg

### zum vollendeten 82. Lebensjahr

Dusch Hermann, Landshut  
Gebhardt Friedrich, Wertingen  
Götz Herbert, Bamberg  
Krümmel Friedrich-Karl, München  
Dr. Seegerer Adolf, Regensburg  
von Minding Wolf, Coburg

### zum vollendeten 81. Lebensjahr

Bachmann Friedrich, Kolbermoor  
Dr. Behringer Paul, Neuburg  
Mang Hermann, Ingolstadt  
Dr. Neumann Heinrich, München  
Ostermayr Albrecht, Pfaffenhofen  
Stanglmayr Helena, Altdorf  
Weinhart Arnold, Würzburg

### zum vollendeten 80. Lebensjahr

Prof. Dr. Bachthaler Günther, Langenbach  
Bichler Josef, Raubling  
Drescher Emmi, Niederwerrn  
Kölbl Hans, Weilheim  
Möst Ferdinand, Mindelheim  
Sauerhammer Richard, Ansbach  
Dr. Siebeneicher Karl G., Ebermannstadt  
Stauber Elmar, München  
Warislohner Alois, Landsberg  
Wilde Harald, Amberg

### zum vollendeten 75. Lebensjahr

Dr. Gottschalk Alfons, Heimstetten  
Herrmann Josef, Ebermannstadt  
Pfeifer Marita, Goldbach  
Voglhuber Anna, Erding  
Ziegler Franz, Landshut

### zum vollendeten 70. Lebensjahr

Dr. Angerer Rudolf, Weiden  
Herrmann Anna, Merching  
Hien Ludwig, Rothalmünster  
Kehr Brigitte, Erlangen  
Dr. Kandler Marianne, München  
Valentini-Sasse Jutta, Reichenberg  
Weber Annemarie, Landshut  
Dr. Zeller Helmut, Haibach  
Zinni Anneliese, Coburg

## Anreise Weichering

Weichering liegt direkt an der B16, die von Ulm nach Regensburg führt. Folgen Sie ab B16 den Hinweisschildern zu uns.

Sowohl zur Residenzstadt Neuburg als auch nach Ingolstadt benötigt man per Auto etwa 15 Minuten.

Von der Anschlussstelle Manching an der Autobahn A9, die eine wichtige Nord-Süd-Verbindungsachse darstellt, sind es 10 Minuten Fahrtzeit nach Weichering. Die Großstädte München und Nürnberg sind so in circa 45 Minuten zu erreichen.

Der Bahnhof ist nur 100 m entfernt. Die Züge fahren im Stundentakt.



86706 Weichering Bahnhofstraße 24 Tel.: 0 84 54 / 9 12 60 Fax: 0 84 54 / 81 71